Bezirksverordnetenversammlung
Steglitz-Zehlendorf von Berlin

N i e d e r s c h r i f t
16. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Naturschutz und Landschaftspflege

Sitzungstermin:	Dienstag, 27.05.2003
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	17:50 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus Zehlendorf, BVV-Saal

Anwesend sind:

Herr Dreyer, Kurt-Eberhard	CDU
Frau Ehlgötz, Barbara	CDU
Herr Kopp, Norbert	CDU
Frau Martienßen, Marina	CDU
Frau Köhne, Irene	SPD
Herr Lepeniotis, Christos	SPD
Herr Müller, Norbert	SPD
Herr Ronnisch, Detlev	SPD
Frau Dr. Kottusch-Geiseler, Veronika	FDP
Frau Sunkel, Dagmar	FDP
Frau Pirch-Masloch, Claudia	GRÜNE
Herr Rellermeier, Helmut	CDU (BD)
Herr Scharnowski, Joachim	CDU (BD)
Herr Krüger, Ralf-Jürgen	SPD (BD)
Herr Boye, Matthias	GRÜNE (St. BD)
Herr Knüppel, Dietrich	CDU (St. BD)

Vom Amt.

FinWiDez Laschinsky (in Vertretung für Bau Dez Stäglin)
Bau OL Hr. Reiser
Stapl 1 Fr. Lappe
Stapl 2 Hr. Noack
NG L Hr. Dannenberg
BVV 1 Dr. Konrad, Protokoll

Tagesordnung:

TOP 1 Öffentliche Bürger-Frage-Viertelstunde

TOP 2 Bericht aus dem Bezirksamt

TOP 3 Neubauvorhaben Haus D Behring-Krankenhaus

TOP 4 Bildungszentrum für Pflegeberufe (Rittbergkrankenhaus)

TOP 5 Anträge

TOP 5.1 Ergänzung des Grünzuges um Dreilindenstraße / Isoldestraße
Drucksache: 0449/II

TOP 5.2 Wiederaufbau der Teltow-Werft-Brücke (Sachtlebenstraße)
Drucksache: 0632/II (neu)

TOP 5.3 Privater Tierfriedhof in Steglitz-Zehlendorf
Drucksache: 0662/II

TOP 5.4 Öffnung des Georg-Steger-Weges für Radfahrer
Drucksache: 0679/II

TOP 6 Verschiedenes

Protokoll:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

- teilt der Ausschussvorsitzende mit, dass er – der Bitte des Ausschusses entsprechend - für den 12.06.2003, 16.00 Uhr, einen Besuchstermin für das ehemalige Wasserwerk Riemeisterfenn ausgemacht habe.

- stimmt der Ausschuss der Anregung der CDU-Fraktion zu, TOP 3 von der Tagesordnung abzusetzen, da die Planungen zum Behring-Krankenhaus bei der zuständigen Senatsverwaltung für Stadtentwicklung stagnieren.

zu 1 Öffentliche Bürger-Frage-Viertelstunde

Die Bürgerin Frau Astrid T. bittet das Amt um Auskunft, warum im Bäke-Park als einer geschützten Grünanlage ein solches Spektakel wie die Steglitzer Woche stattfinden dürfe und warum dies speziell zur Vogelbrutzeit erlaubt sei. Da die Fläche erheblich leide, sei außerdem das Kosten-Nutzen-Verhältnis von Interesse.
BzStR Laschinsky erklärt, es gebe im Bezirk keinen zweiten Ort, der für diese Veranstaltung in Frage komme. Das Gesetz gebe zudem die Möglichkeit, eine öffentliche Grünanlage nach Abwägung für ein solches Volksfest zu nutzen. Mit dem Schaustellerverband bestehe noch ein Vertrag von zehn Jahren für die Nutzung des Geländes für die Steglitzer Woche. Zeitlich könne das Fest nicht verschoben werden, da es seinen festen Platz im Veranstaltungskalender des Berliner Schaustellerverbandes habe, in dem sich eine Großveranstaltung an die andere reiht. Letztlich sei das Schaustellergewerbe auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Berlin, so dass auch aus diesem Grund die Veranstaltung nicht Frage gestellt werden sollte.
Frau T. spricht nochmals die durch die Großveranstaltung im Park gestörte Vogelbrut an und fragt, ob es nicht doch möglich sei, das Fest vom Frühjahr auf den Sommer zu verschieben. Das Amt sagt zu, diese Frage zu prüfen und Frau T. hierüber zu informieren.

zu 2 Bericht aus dem Bezirksamt

1. BzStR Laschinsky und Stapl 1 Fr. Lappe berichten über die für den 16.06.2003 vorgesehene erneute Auslegung des Bebauungsplans für die

Kolonie Südpark. Die Änderungen bestehen darin, dass die ursprünglich als öffentliches Grünfläche ausgewiesenen Erschließungswege nun ihrer Funktion entsprechend als öffentliche und private Erschießung festgesetzt werden sollen. Des weiteren soll die geplante Festsetzung Spielplatz in Bolzplatz umgewandelt werden. Die Fraktion der CDU kritisiert, dass dies ohne eine Beteiligung der BVV geschieht und dass nunmehr ein Bolzplatz statt des Spielplatzes für kleinere Kinder gebaut werden soll.
Stapl 1 Fr. Lappe erklärt, eine Beteiligung der BVV sei in diesem Fall gar nicht notwendig, da die Änderungen unwesentlichen seien und der wesentliche Planinhalt "Sicherung der Kleingärten" überhaupt nicht berührt werde. Dennoch berichte das Amt heute im Ausschuss über den Fortgang des Verfahrens und lege den Plan erneut für zwei Wochen aus. Danach werde das Abwägungsergebnis gesetzeskonform dem Bezirksamt und der BVV vorgelegt.

2. NG L Hr. Dannenberg berichtet,
dass im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben auf dem ehemaligen BFA-Gelände in Wannsee, mit dem im Sommer begonnen werden soll, aus technischen Gründen zwei große Linden gefällt werden müssen, da sie nach Durchführung des Bauvorhabens nicht mehr standsicher wären.

3. dass sich die Neuanpflanzung der gefällten Douglasien im Fischtalpark teilweise schwierig gestaltet, da es die Nachbarn unter Hinweis auf die Rechtslage untersagen, die Bäume näher als 3 m an ihr Grundstück zu pflanzen. Als der Park in den Zwanziger Jahren angelegt wurde, durfte noch bis 1 m an die Nachbargrundstücke gepflanzt werden. Die Anmutung des in einem sehr schmalen Tal liegenden Parks als bewaldeter Höhenzug beruhe jedoch darauf, dass auch die oberste, an die Nachbargrundstücke angrenzende Baumreihe wieder aufgeforstet wird. Sollte dies nicht möglich sein, wäre dies eine Katastrophe für das historische, typische und von vielen bewunderte Erscheinungsbild des Parks. Weder das Rechtsamt noch das Landesamt für Gartendenkmalpflege sehen derzeit Möglichkeiten für eine Lösung. Die Fraktion der CDU bittet das Amt, im Ausschuss über den weiteren Fortgang der Angelegenheit zu berichten.

4. Bezug nehmend auf den in der letzten Ausschusssitzung gegebenen Bericht aus dem Bezirksamt, verweist die Fraktion der CDU nochmals auf die Schäden auf dem Paresü-Gelände und erkundigt sich, was das Amt bezüglich der Rodungen unternommen hat. NG L Hr. Dannenberg erklärt, hinsichtlich der beschädigten Kastanie habe das Amt ein Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet und den Eigentümer des Geländes aufgefordert, den beschädigten Ast sofort zu entfernen.

zu 3 Neubauvorhaben Haus D Behring-Krankenhaus

Wie vor Eintritt in die Tagesordnung beschlossen, entfällt dieser Tagesordnungspunkt.

zu 4 Bildungszentrum für Pflegeberufe (Rittbergkrankenhaus)

Bau OL Hr. Reiser erläutert, dass aus dem Gelände der Verwaltung des Roten Kreuzes der Teil herausgenommen werden soll, wo sich heute noch ein Kinderkrankenhaus befindet, welches aufgegeben werden soll. An dieser Stelle soll ein Bildungszentrum für Pflegeberufe entstehen, für das Herr Reiser die Baupläne (An- und Umbauten des Bestandes) erläutert. Auf Nachfrage aus dem

Ausschuss erklärt er, dass die Geschossflächenzahl und die Grundflächenzahl unter 50 Prozent der erlaubten Werte bleiben.

zu 5 Anträge

zu 5.1 Ergänzung des Grünzuges um Dreilindenstraße / Isoldestraße
Drucksache: 0449/II

Die Fraktion der CDU änderte den Text des Antrags wie folgt:

„Die BVV möge beschließen:

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich bei der zuständigen Forstverwaltung dafür einzusetzen, dass für den Fußweg im Jagen 22 zwischen Dreilindenstraße und Isoldestraße der Anschluss an die Fortsetzung des Weges parallel zur Potsdamer Chaussee in Richtung Seniorenwohnanlage Nibelungenstraße wiederhergestellt wird."

Bei einer Abstimmung wird der Antrag in der geänderten Fassung bei keiner Nein-Stimme und keiner Enthaltung einstimmig angenommen.

zu 5.2 Wiederaufbau der Teltow-Werft-Brücke (Sachtlebenstraße)
Drucksache: 0632/II (neu)

Die Fraktion der CDU stellt einen Änderungsantrag zu dem vom Bauausschuss in dessen 13. Sitzung am 23.04.2003 angenommenen Antrag. Dabei wird der erste Satz geändert und der zweite und dritte Satz gestrichen. Der Antrag lautet nunmehr wie folgt:

„Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten zu prüfen, ob und mit welchen Kosten die Teltow-Werft-Brücke über den Teltowkanal im Bereich der Sachtlebenstraße wieder für Fußgänger und Radfahrer errichtet werden kann."

Bei einer Abstimmung wird der Antrag in der geänderten Fassung mit bei keiner Nein-Stimme und keiner Enthaltung einstimmig angenommen.

zu 5.3 Privater Tierfriedhof in Steglitz-Zehlendorf
Drucksache: 0662/II

Die Fraktion der CDU stellt einen Änderungsantrag mit folgendem Text:

„Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht zu prüfen, ob geeignete Flächen für potentielle Bewerber von privaten Tierfriedhöfen im Bezirk zur Verfügung stehen."

BzStR Laschinsky weist darauf hin, dass es im Berliner Südwesten (einschließlich Teltow) bereits drei Tierfriedhöfe gibt. Es habe sich zwar einmal ein Interessent gemeldet, der die Angelegenheit dann aber nicht weiter verfolgt habe. Zudem müsste ein solches Projekt ausgeschrieben werden. Die Fraktion GRÜNE erklärt zu dem Antrag, man solle warten, bis entsprechender Bedarf besteht.
NG L Hr. Dannenberg erklärt, auf dem Friedhof Bergstraße an der Bismarckstraße gebe es eine Fläche, die für einen Tierfriedhof geeignet wäre, da sie nie belegt wurde. Zwischenzeitlich sei sie zwar für den Bau einer Kita vorgesehen gewesen, doch scheine im Jugendamt hierfür kein Interesse mehr zu

bestehen. Das Gelände müsste entwidmet und von außen erschlossen werden. Die Fraktion der CDU erklärt, sie lege Wert auf eine klare Trennung zwischen Menschen- und Tierfriedhof. NG L Hr. Dannenberg erklärt, eine solche Trennung sei gesetzlich vorgeschrieben.

Bei einer Abstimmung wird der Antrag in der geänderten Fassung mit 8 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei 7 Enthaltungen angenommen.

zu 5.4 Öffnung des Georg-Steger-Weges für Radfahrer
Drucksache: 0679/II

BzStR Laschinsky erklärt, der Georg-Steger-Weg sei Teil einer öffentlichen Grünanlage, weshalb das Radfahren dort grundsätzlich nicht gestattet ist. Daher müsste zunächst eine Ausnahme festgestellt werden. Allerdings sei der Weg nicht breit genug, dass es nicht zu Komplikationen zwischen Fußgängern und Radlern kommen würde. Außerdem sei es der Erschließungsweg für die Parzellen, auf dem sich ebenfalls Kinder, Rollstuhlfahrer usw. aufhielten. Falls der Weg als Radfahrweg gewidmet werden sollte, sei zuvor in jedem Fall die Zustimmung des Kleingartenbezirksverbandes notwendig.
Der Ausschussvorsitzende erklärt, der Weg sei mit 3 m breit genug, weshalb er es für sinnvoll halte, dem Antrag zuzustimmen. Die Fraktion GRÜNE erklärt, zu den Zielen der Agenda 21 gehöre auch der Ausbau des Radwegenetzes im Bezirk. Sie weist außerdem darauf hin, dass es im Fischtalpark ein Hinweisschild gibt, das Fahrradfahrer und Fußgänger auffordert, aufeinander Rücksicht zu nehmen und fragt, ob man nicht auch hier ein solches Schild aufstellen können. NG L Hr. Dannenberg verneint dies mit dem Hinweis, dass es sich bei der Kleingartenkolonie um Privatgelände handelt. Die Fraktion der SPD weist darauf hin, dass die Kleingärtner gegen die Widmung des Georg-Steger-Weges als Radweg sind. Außerdem würden in der Tat sehr viele Kinder auf dem Weg spielen. Wenn die Radler wüssten, dass sie auf dem Weg fahren dürfen, dann sei zu befürchten, dass sie auch schnell fahren – im Gegensatz zu jetzt, wo sie auf dem nicht als Radweg freigegebenen Weg langsam und vorsichtig fahren. Daher sei es besser, alles beim alten zu lassen und das Radfahren allenfalls zu dulden. Die Fraktion der FDP erklärt, es sollte ein Schild mit der Aufschrift „Achtung, Kinder!“ bzw. „Gegenseitige Rücksichtnahme!“ aufgestellt werden. Wenn Kleingärten eine öffentliche Grünfläche sind, dann sollten sie auch öffentlich genutzt werden dürfen. Die Fraktion der CDU erklärt, dass sich erfahrungsgemäß eine gegenseitige Rücksichtnahme zwischen den verschiedenen Nutzern eines mehrfach genutzten Weges einstelle. NG L Hr. Dannenberg weist nochmals darauf hin, dass eine Änderung in jedem Falle der Zustimmung des Bezirksverbandes bedarf.
Bei einer Abstimmung wird der Antrag mit 8 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung angenommen.

zu 6 Verschiedenes

1. Die FDP-Fraktion kritisiert, dass das Protokoll der letzten Sitzung nicht mit der Einladung mitverschickt wurde und dass das Protokoll der Februar-Sitzung erst jetzt den Ausschussmitgliedern zuging.

2. Die FDP-Fraktion kritisiert, dass die Rosenrabatten auf dem Augustaplatz in Lichterfelde vollkommen von Unkraut überwuchert sind und bittet das NGA zu jäten. Die SPD-Fraktion erklärt, wahrscheinlich könne jeder einen Platz benennen, der ebenfalls mehr gepflegt und gejätet werden müsste, was bei der derzeitgen schwierigen Situation des NGA nicht weiter verwunderlich sei.

3. Auf Bitten der Fraktion GRÜNE berichtet NG L Hr. Dannenberg, der Umwelttag sei nunmehr für den 05. Juni angesetzt. Hierzu habe man vor etwa vier bis fünf Wochen die Schulen mit der Bitte um Teilnahme angeschrieben. Einige Schulen hätten auf die Bitte reagiert. Die Fraktion GRÜNE kritisiert, dass es außer einem Schreiben keine stärkere Motivation und Animation von Seiten des Amtes gegeben habe. Sinn des Antrags, aufgrund dessen der Umwelttag durchgeführt wird, sei es gewesen, bei den Schülern eine Bewusstseinsänderung zu bewirken. Durch ein einzelnes amtliches Schreiben sei dies kaum zu erreichen. BzStR Laschinsky erklärt, weder das NGA noch der Dezernent für Bildung und Kultur habe die Möglichkeit, mehr von den Schulen zu verlangen, als sie nur auf die Initiative der BVV aufmerksam zu machen. Das Amt könne nur bitten, aber nicht fordern. NG L Hr. Dannenberg erklärt, dass der Auftrag der BVV ausgeführt worden sei. Die Motivation müsse von den Schulen geleistet werden.

4. Die SPD-Fraktion bittet das Amt, in der nächsten Sitzung das auf der Abrissliste genannte Bauvorhaben in der Hohenzollernstraße vorzustellen (Abbruch Kliniken im Theodor-Wenzel-Werk).

5. NG L erläutert anhand einer Karte den Bereich des Landschaftsschutz-gebietes an der Clayallee (OHH).

Berlin Steglitz-Zehlendorf, den

Dreyer Ausschussvorsitzender	Martienßen Schriftführerin